

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 09.04.2013	an den Magistrat ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat III Amt: Straßenverkehrs- und Tiefbauamt	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☒ ☐	☐ OBW bei abschl. Beschluss- fassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2012/0227 Magistratsbeschluss-Nr.
Produkt-Nr.: Kostenstelle: Kostenträger: Investitionsnummer: Sachkonto:		

**Betreff: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.03.2012/10/13
Einrichtung von Carsharing-Stationen im öffentlichen Verkehrsraum**

Vorlage vom: 21.03.2013

Beschlussvorschlag:

Von dem in Anlage beigefügten Bericht wird Kenntnis genommen.

Anlagen: Stellungnahme Rechtsamt vom 07.05.2012

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Folgekosten:	☐ Ja	☐ Nein
--------------	-----------------------------	-------------------------------

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 21.03.2013

Bericht zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.03.2012:

Dem Antrag vom 15. Februar 2012, die Möglichkeiten für die Einrichtung von Carsharing-Stationen im öffentlichen Raum zu prüfen und nötigenfalls die entsprechenden rechtlichen Grundlagen vorzubereiten, hat die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss vom 01.03.2012 zugestimmt.

Hierzu wird folgendes ausgeführt:

Carsharing-Unternehmen sind derzeit vom Gesetzgeber noch nicht als sonderberechtigt anerkannt. Die Straßenverkehrsbehörde schließt sich daher der Stellungnahme des Rechtsamtes vom 07.05.2012 inhaltlich an und empfiehlt, bis zur Änderung der entsprechenden straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften, Parkplätze für Car-Sharing im öffentlichen Straßenraum als Übergangslösung im Wege der Sondernutzungserlaubnis auszuweisen.

Die Stellungnahme des Rechtsamtes ist in Anlage beigelegt.

Darmstadt, 21.03.2013
III-66/3V-13.01 As/Kab

Die Dezernentin III

Brigitte Lindscheid
Stadträtin

Anlage